

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

des Abgeordneten Klaus Schneck (SPD), eingegangen am 10.07.2006

Ausgaben für Prozesskostenhilfe

Bürgerinnen und Bürger, die nach ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Kosten eines Prozesses nicht, nur zum Teil oder nur in Raten aufbringen können, haben Anspruch auf Gewährung von Prozesskostenhilfe, sofern die Durchsetzung ihres Begehrens im Gerichtswege hinreichend Erfolg versprechend erscheint. In den vergangenen Jahren sind die Kosten von Prozesskostenhilfe ständig gestiegen. Dies hat die Landesregierung veranlasst, gemeinsam mit der Landesregierung von Baden-Württemberg einen Gesetzesentwurf (Prozesskostenhilfebegrenzungsgesetz) in den Bundesrat einzubringen. Fraglich ist aber, ob diese Veränderungen die Ursachen für die stetig steigenden Ausgaben für Prozesskostenhilfe zielgerichtet vermindern, ohne dabei den Zugang für sozial Schwächere unverhältnismäßig einzuschränken. Viele Experten vertreten seit langem die Auffassung, dass die Kosten für Prozesskostenhilfe, ebenso wie die der Beratungshilfe und der Betreuung, ohnehin eher dem Sozialhaushalt als dem Justizhaushalt zuzurechnen seien. Demnach stellt sich auch die Frage, inwieweit der im Justizhaushalt festgestellte Anstieg der Prozesskostenhilfe auch auf gesellschaftliche Veränderungen zurückzuführen ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie hoch waren die Ausgaben für Prozesskostenhilfe in Niedersachsen in den Jahren 2000 bis 2006 jeweils insgesamt und aufgeteilt nach den verschiedenen Gerichtsbarkeiten?
2. Wie hat sich in diesem Zeitraum der Bevölkerungsanteil der theoretisch Prozesskostenhilfeberechtigten verändert?
3. Wie hoch war der Anteil der Ausgaben für Prozesskostenhilfe im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der verschiedenen Gerichtsbarkeiten in den jeweiligen Jahren 2000 bis 2006?
4. Prozesskostenhilfe ist gemäß § 115 Abs. 2 der Zivilprozessordnung (ZPO) in einkommensabhängigen Monatsraten zurückzuzahlen. Lediglich bei einem einzusetzenden Einkommen von weniger als 15 Euro wird auf eine Rückerstattungspflicht verzichtet. In welcher Höhe wurden im Zeitraum 2000 bis 2006 die Monatsraten zur Rückerstattung festgesetzt (bitte in der von § 115 Abs. 2 ZPO vorgegebenen Staffelung ausweisen)?
5. Welche Ursachen hat diese Entwicklung nach Auffassung der Landesregierung? Gibt es gesetzgeberische Maßnahmen des Landes oder des Bundes, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben? Welche sind dies?
6. Wie viele Anträge auf Prozesskostenhilfe wurden in den jeweiligen Jahren 2000 bis 2006 an den verschiedenen Gerichtsbarkeiten gestellt, und wie viele wurden bewilligt?
7. Wie hoch waren die Einnahmen aus der Rückerstattung der Prozesskostenhilfe an den verschiedenen Gerichtsbarkeiten in den jeweiligen Jahren 2000 bis 2006, und welcher Deckungsgrad wurde jeweils durch die Rückerstattungen zu den Aufwendungen für Prozesskostenhilfe erreicht?
8. Wie groß sind an den verschiedenen Gerichtsbarkeiten die Aufwendungen für Personalkosten für die Durchsetzung der Rückforderungen bei der Prozesskostenhilfe in den jeweiligen Jahren 2000 bis 2006?
9. Wie werden die Rückforderungen derzeit organisatorisch und personell bei den verschiedenen Gerichtsbarkeiten durchgeführt, und welche Mitarbeiteranteile sind in den einzelnen Ge-

richtsbarkeiten konkret für die Durchsetzung der Rückforderungen derzeit eingesetzt und im nächsten Jahr eingeplant?

10. Welche Erfahrungen wurden bei der Rückforderung der Prozesskostenhilfe in den anderen Bundesländern gemacht und wie verhält es sich konkret im Vergleich mit den anderen 15 Bundesländern?
11. Welche anderen organisatorischen und personellen Voraussetzungen sind in den Bundesländern gegeben, die erfolgreicher bei der Rückforderung der Prozesskostenhilfe sind?
12. Hat die Richtlinie des Europäischen Rates vom 27. Januar 2003 zur Verbesserung des Zugangs zum Recht bei Streitsachen mit grenzüberschreitendem Bezug durch Festlegung gemeinsamer Mindestvorschriften für die Prozesskostenhilfe in derartigen Streitsachen bereits Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in Deutschland gehabt? Wenn ja, in welcher Form und inwiefern auf die Anzahl der genehmigten bzw. abgelehnten Anträge und die Höhe der genehmigten Prozesskostenhilfe?
13. Wie hoch ist der Kostendeckungsgrad der verschiedenen Gerichtsbarkeiten bei Außerachtlassung der Kosten für Prozesskostenhilfe?

(An die Staatskanzlei übersandt am 19.07.2006 - II/721 - 557)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Justizministerium
- 3715 - 204.27 -

Hannover, den 16.08.2006

Mit den bundesrechtlichen Vorschriften über die Prozesskostenhilfe erfüllt der Staat seine verfassungsrechtliche Verpflichtung, unbemittelten Rechtsuchenden den Zugang zu den Gerichten zu ermöglichen. Die Ausgaben der Länder für die Prozesskostenhilfe sind seit der Ersetzung des früheren Armenrechts durch die Prozesskostenhilfe im Jahr 1981 stark gestiegen. Dadurch werden die Haushalte der Länder erheblich belastet. An der Belastung des Landes Niedersachsen würde sich im Ergebnis nichts ändern, wenn die Aufwendungen statt aus dem Haushalt des Justizministeriums aus dem des Sozialressorts bestritten würden.

Der von Niedersachsen und Baden-Württemberg dem Bundesrat im April 2006 zugeleitete Entwurf eines Gesetzes zur Begrenzung der Aufwendungen für die Prozesskostenhilfe soll dazu beitragen, den Ausgabenanstieg rasch und nachhaltig zu begrenzen. Im Mittelpunkt der vorgeschlagenen Maßnahmen steht eine angemessene Erhöhung der Eigenbeteiligung der bedürftigen Partei an den Prozesskosten innerhalb der verfassungsrechtlichen Grenzen; eine Einschränkung des Zugangs zum gerichtlichen Rechtsschutz ist damit nicht verbunden. Der Gesetzentwurf, dessen Einbringung der Bundesrat am 19. Mai 2006 beschlossen hat, liegt nunmehr dem Deutschen Bundestag zur Beschlussfassung vor (Bundestags-Drucksache 16/1994).

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Die Ausgaben für Prozesskostenhilfe in Niedersachsen in den Jahren 2000 bis 2006 jeweils insgesamt und aufgeteilt nach den verschiedenen Gerichtsbarkeiten sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt. Dabei ist Folgendes zu berücksichtigen:

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit wurden bis 2004 die Gebühren und Auslagen der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte bei der Gewährung von Prozesskostenhilfe zusammen mit den Gebühren und Auslagen der Pflichtverteidigerinnen und Pflichtverteidiger und in Strafverfahren beigeordneten Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte gebucht. Zahlen darüber, in welchem Umfang Ausgaben im Einzelnen auf Aufwendungen für Prozesskostenhilfe entfallen, stehen mir für diesen Bereich erst ab dem Haushaltsjahr 2005 zur Verfügung. In 2005 entfällt von dem in der Übersicht ge-

nannten Gesamtbetrag in Höhe von 57 408 000 Mio. Euro ein Anteil von 12 271 400 Euro (entspricht 21,4 % der Gesamtausgaben) auf die Pflichtverteidigervergütung und ein Anteil von 766 800 Euro (entspricht 1,3 %) auf die Vergütung der in Strafverfahren beigeordneten Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. In 2006 (bis Juli) entfällt ein Anteil von 7 946 200 Euro (entspricht 22,9 % der Gesamtausgaben) auf die Pflichtverteidigervergütung und ein Anteil von 494 700 Euro (entspricht 1,4 %) auf die Vergütung der in Strafverfahren beigeordneten Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte.

	2000 €	2001 €	2002 €	2003 €	2004 €	2005 €	7/2006 €
Ausgaben insgesamt	44.210.900	46.644.900	50.076.200	53.848.600	57.708.100	63.450.700	38.317.400
Ordentliche Gerichtsbarkeit	39.968.600	42.231.900	45.519.200	48.913.600	52.520.700	57.408.000	34.677.700
Finanzgerichtsbarkeit	8.300	6.000	7.500	9.900	13.900	18.200	15.300
Arbeitsgerichtsbarkeit	3.159.600	3.493.000	3.878.800	4.248.500	4.418.600	5.137.400	2.971.600
Verwaltungsgerichtsbarkeit	746.700	572.900	364.600	324.300	321.000	328.300	210.000
Sozialgerichtsbarkeit *	327.700	341.100	306.100	352.300	433.900	558.800	442.800

* seit 01.04.2002 gemeinsames Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen

Zu 2:

Der Anteil der Bevölkerung, der Anspruch auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe hat, ist nicht abstrakt bestimmbar. Jede Partei, deren beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung hinreichende Aussicht auf Erfolg hat und nicht mutwillig erscheint, kann Prozesskostenhilfe beanspruchen, wenn sie nach ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Kosten der Prozessführung nicht, nur zum Teil oder nur in Raten aufbringen kann. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, kann nur vom Gericht aufgrund einer Prüfung des jeweiligen Einzelfalls festgestellt werden. Dabei sind nicht allein das Einkommen und das Vermögen des Antragstellers zu berücksichtigen, sondern auch die vom Einkommen nach Maßgabe der Bestimmungen der Zivilprozessordnung abzusetzenden Beträge und Belastungen.

Zu 3:

Der Anteil der Ausgaben für Prozesskostenhilfe im Verhältnis zu den Gesamtausgaben stellt sich in den verschiedenen Gerichtsbarkeiten wie folgt dar:

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ordentliche Gerichtsbarkeit	5,4 %	5,3 %	5,6 %	5,8 %	6,2 %	6,9 %
Finanzgerichtsbarkeit	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,3 %
Arbeitsgerichtsbarkeit	18,4 %	19,3 %	20,4 %	21,8 %	22,9 %	26,4 %
Verwaltungsgerichtsbarkeit	3,2 %	2,4 %	1,6 %	1,4 %	1,4 %	1,5 %
Sozialgerichtsbarkeit	1,6 %	1,6 %	1,4 %	1,5 %	1,9 %	2,2 %

Angaben für 2006 sind nicht möglich, da das Haushaltsjahr noch nicht abgeschlossen ist.

Zu 4:

Die Ratenzahlungsverpflichtung im Rahmen der Bewilligung von Prozesskostenhilfe wird nach der im Bewilligungsbeschluss festgesetzten Ratenhöhe erfasst. Zahlungen aus dem Vermögen sowie spätere Änderungen der Ratenzahlungsverpflichtungen bleiben dabei unberücksichtigt. Die bei der Bewilligung von den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit festgesetzten Raten ergeben sich

aus der nachfolgenden Aufstellung; für die Fachgerichtsbarkeiten liegen entsprechende Zahlen nicht vor.

Bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe ist über die Ratenzahlung wie folgt entschieden worden

	Zivilsachen																							
	Amtsgerichte					Landgerichte, Verfahren erster Instanz					Landgerichte, Berufungsinstanz					Oberlandesgerichte, Berufungsinstanz								
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Auf (Berufungs-)Klägerseite																								
Bewilligungen ohne Ratenzahlung	2.855	2.707	2.751	2.932	2.824	3.142	970	952	1.056	1.190	1.379	1.473	197	154	161	137	135	142	113	98	82	93	66	83
Bewilligungen mit Ratenzahlungen	281	294	262	285	282	264	183	173	171	172	228	210	23	28	12	19	11	16	26	16	17	16	18	14
davon mit Monatsraten																								
zu 15 € (40 DM)	47	55	45	38	58	52	10	19	10	14	18	12	4	3	1	3	2	3	3	1	3	0	0	1
zu 30 € (60 DM)	80	75	57	66	65	60	38	30	26	26	30	34	3	7	2	6	2	2	2	2	2	1	2	0
zu 45 € (90 DM)	53	51	45	63	38	36	20	21	17	22	29	30	5	2	2	2	0	4	5	4	1	0	0	0
zu 60 € (120 DM)	23	24	26	35	38	32	21	18	20	24	20	18	5	5	2	3	2	2	4	5	1	1	4	2
zu 75 € (150 DM)	30	37	23	19	29	27	16	14	12	11	31	29	2	3	0	2	2	1	2	4	4	0	3	3
zu 95 € (180 DM)	15	15	27	15	20	22	18	12	10	13	23	21	0	1	1	1	0	2	3	1	2	3	1	1
zu 115 € (210 DM)	2	2	16	16	11	8	0	0	10	12	7	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
zu 135 € (240 DM)	10	11	3	4	5	5	11	10	11	9	12	15	1	1	0	2	1	1	0	0	0	0	1	2
zu 155 € (300 DM)	13	11	7	10	6	5	34	25	13	11	11	7	1	4	0	0	1	0	2	1	2	1	0	0
zu 175 € (370 DM)	8	5	7	7	8	8	0	0	6	3	8	4	2	2	1	0	1	0	1	2	0	0	3	2
zu 200 € (440 DM)	0	3	3	1	3	3	12	12	7	9	15	6	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0
zu 225 € (520 DM)	0	2	0	1	1	2	1	4	2	4	4	8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
zu mehr als 225 € (520 DM)	0	3	3	10	0	4	2	8	27	14	16	19	0	0	1	0	0	0	1	0	2	3	1	3
Auf (Berufungs-)Beklagenseite																								
Bewilligungen ohne Ratenzahlung	2.456	2.495	2.677	2.991	2.983	3.086	526	596	666	820	832	953	298	259	240	199	209	230	173	127	144	144	97	136
Bewilligungen mit Ratenzahlungen	249	238	253	237	297	219	107	94	109	125	157	132	40	38	30	30	30	18	33	43	32	27	29	20
davon mit Monatsraten bis																								
zu 15 € (40 DM)	57	42	32	38	46	50	15	8	4	3	13	15	2	2	5	7	6	2	1	3	6	3	4	1
zu 30 € (60 DM)	53	60	71	59	61	48	13	13	24	21	26	16	10	9	5	4	8	2	7	4	3	4	2	3
zu 45 € (90 DM)	51	44	39	38	62	28	12	14	4	22	24	15	3	6	3	1	2	4	5	5	3	2	1	2
zu 60 € (120 DM)	16	23	32	33	36	20	5	18	19	15	17	7	7	7	5	4	3	1	3	4	7	3	4	2
zu 75 € (150 DM)	20	26	23	23	25	23	11	6	5	12	14	13	4	3	4	4	1	2	4	5	2	5	4	2
zu 95 € (180 DM)	15	16	11	17	16	13	6	10	16	8	15	13	5	2	2	3	3	1	1	1	5	1	1	3
zu 115 € (210 DM)	2	0	10	3	19	12	0	0	5	7	12	5	1	0	0	2	2	0	0	1	2	2	4	0
zu 135 € (240 DM)	3	14	12	3	14	7	5	7	9	4	8	12	2	4	2	2	0	1	3	1	2	2	4	1
zu 155 € (300 DM)	29	7	4	5	7	4	22	11	4	8	5	4	3	1	1	2	2	1	5	6	0	1	1	3
zu 175 € (370 DM)	7	1	7	8	3	0	0	0	8	3	6	1	3	2	1	0	2	2	2	4	1	2	1	1
zu 200 € (440 DM)	0	0	3	2	1	6	6	15	4	2	6	5	0	0	2	1	0	1	0	0	2	1	0	0
zu 225 € (520 DM)	0	2	0	1	1	3	0	2	0	2	3	3	0	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0
zu mehr als 225 € (520 DM)	0	3	9	7	6	2	3	3	8	14	10	13	0	0	0	0	1	1	2	4	5	1	2	1

	Familiensachen											
	Amtsgerichte						Oberlandesgerichte					
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Auf Antragsteller-(Rechtsmittelführer-)seite												
Bewilligungen ohne Ratenzahlung	23.237	25.018	27.339	28.907	30.037	28.555	716	689	705	680	692	704
Bewilligungen mit Ratenzahlungen	2.882	2.919	3.279	3.593	3.616	3.074	85	72	73	59	62	61
davon mit Monatsraten												
zu 15 € (40 DM)	680	613	546	590	555	472	10	4	12	4	4	8
zu 30 € (80 DM)	706	683	795	912	881	723	22	22	12	12	10	11
zu 45 € (90 DM)	565	566	295	479	544	455	16	17	11	9	10	7
zu 60 € (120 DM)	295	326	533	509	483	415	9	5	10	12	11	8
zu 75 € (150 DM)	201	251	271	281	310	250	13	7	5	3	9	9
zu 95 € (180 DM)	135	133	260	242	259	219	4	4	8	6	4	3
zu 115 € (210 DM)	5	7	131	154	160	142	0	0	2	2	1	8
zu 135 € (240 DM)	87	107	141	120	129	118	0	3	2	6	2	2
zu 155 € (300 DM)	117	110	90	85	98	81	4	6	4	2	2	1
zu 175 € (370 DM)	57	78	54	60	56	44	3	1	3	1	0	1
zu 200 € (440 DM)	7	11	60	52	46	55	0	0	1	1	1	2
zu 225 € (520 DM)	17	14	22	26	24	26	1	0	0	1	1	0
zu mehr als 225 € (520 DM)	10	20	81	83	71	74	3	1	3	0	7	1
Auf Antragsgener-(Rechtsmittelgegner-)seite												
Bewilligungen ohne Ratenzahlung	12.245	13.233	14.866	16.538	17.178	16.974	923	877	982	815	888	882
Bewilligungen mit Ratenzahlungen	2.196	2.278	2.391	2.628	2.715	2.139	96	117	75	89	75	74
davon mit Monatsraten bis												
zu 15 € (40 DM)	477	496	393	415	487	372	9	10	5	4	4	5
zu 30 € (80 DM)	575	585	575	673	626	526	28	26	14	21	21	19
zu 45 € (90 DM)	404	439	226	366	396	308	14	27	5	16	14	11
zu 60 € (120 DM)	246	211	388	348	331	277	11	13	13	16	6	13
zu 75 € (150 DM)	163	172	219	253	247	168	16	15	10	13	6	9
zu 95 € (180 DM)	95	95	173	184	182	138	9	6	9	8	6	7
zu 115 € (210 DM)	9	5	105	103	108	96	0	1	5	4	7	1
zu 135 € (240 DM)	55	84	66	88	105	83	4	6	4	4	3	2
zu 155 € (300 DM)	92	85	62	65	61	45	4	6	2	1	3	0
zu 175 € (370 DM)	45	51	42	31	41	35	0	4	4	0	1	2
zu 200 € (440 DM)	15	14	50	40	42	32	0	0	2	0	3	2
zu 225 € (520 DM)	6	7	26	18	33	16	0	2	0	0	0	1
zu mehr als 225 € (520 DM)	14	32	66	44	56	45	1	1	2	2	1	2

Zu 5:

Die Steigerung der Aufwendungen für die Prozesskostenhilfe hat vielfältige Ursachen. Sie dürfte in erster Linie auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands zurückzuführen sein, die in den vergangenen Jahren durch Wachstumsschwäche und Stagnation, hohe Arbeitslosigkeit und eine ständig steigende Zahl der Beziehender von Sozialleistungen gekennzeichnet war. Der von der früheren Bundesregierung im März 2005 vorgelegte Zweite Armuts- und Reichtumsbericht (Bundestags-Drucksache 15/5015) zeigt, dass sich das Armutsrisiko in den Jahren 1998 bis 2004 deutlich erhöht hat. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass der Anteil derjenigen, die nach ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen Anspruch auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe haben, ständig gestiegen ist.

Hinzu kommt die Erhöhung der Anwaltsgebühren durch das am 1. Juli 2004 in Kraft getretene Kostenrechtsmodernisierungsgesetz vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718).

Zu 6:

In der bundeseinheitlichen Verfahrensstatistik werden die Entscheidungen über die Bewilligung von Prozesskostenhilfe lediglich in Zivil- und Familiensachen zusammen mit den Angaben über die Erledigung der Verfahren insgesamt erfasst. Die Zahl der im jeweiligen Berichtsjahr eingegangenen Anträge lässt sich daraus nicht ermitteln. Die sozialgerichtliche Statistik verzeichnet eine eigene Erhebung über die Anträge auf Bewilligung der Prozesskostenhilfe, ihre Erledigungen und deren Erfolg. In allen anderen Verfahrensarten und Gerichtsbarkeiten ist die Bewilligung von Prozesskostenhilfe ebenfalls möglich und kommt gelegentlich auch vor. In Ermangelung entsprechender Erhebungen könnten diese Anträge auf und Bewilligungen von Prozesskostenhilfe deshalb nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand ermittelt werden.

In Zivilsachen haben die niedersächsischen Gerichte über die Anträge auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe wie folgt entschieden:

Prozesskostenhilfe in Zivilsachen

Jahr	erledigte Verfahren insgesamt	darunter Verfahren mit Prozesskostenhilfeanträgen	davon mit					
			Bewilligung der Prozesskostenhilfe			Ablehnung der Prozesskostenhilfe		
			für den Kläger/Berufungskläger	für den Beklagten/Berufungsbeklagten	für beide Parteien	für den Kläger/Berufungskläger	für den Beklagten/Berufungsbeklagten	bei beiden Parteien
Amtsgerichte								
2000	126.303	7.743	2.712	2.281	424	1.279	1.003	44
2001	123.374	7.523	2.577	2.309	424	1.218	960	35
2002	125.583	7.638	2.569	2.486	444	1.191	916	32
2003	132.597	8.320	2.705	2.716	512	1.284	1.072	31
2004	134.630	8.398	2.623	2.797	483	1.279	1.158	58
2005	127.968	8.777	2.857	2.756	549	1.349	1.205	61
Landgerichte, Verfahren erster Instanz								
2000	29.255	2.909	1.027	507	126	843	396	10
2001	31.548	2.992	993	558	132	916	365	28
2002	31.926	3.187	1.079	627	148	947	377	9
2003	33.426	3.631	1.192	775	170	1.007	472	15
2004	34.745	3.978	1.393	775	214	1.057	517	22
2005	35.419	4.333	1.441	843	242	1.258	533	16
Landgerichte, Verfahren in der Berufungsinstanz								
2000	10.538	889	191	309	29	300	59	1
2001	9.902	799	155	270	27	266	79	2
2002	8.876	761	149	246	24	298	42	2
2003	7.903	644	131	204	25	229	51	4
2004	7.671	694	131	224	15	269	54	1
2005	7.062	740	140	230	18	284	65	3
Oberlandesgerichte, Verfahren in der Berufungsinstanz								
2000	6.124	574	112	179	27	225	31	0
2001	6.344	538	102	204	12	188	32	0
2002	6.227	469	86	146	13	193	31	0
2003	5.908	457	91	153	18	179	16	0
2004	5.619	433	73	115	11	203	29	2
2005	5.516	476	83	142	14	209	24	4

In Familiensachen vor den Amtsgerichten findet eine getrennte Auswertung der Entscheidungen über die Bewilligung von Prozesskostenhilfe in Eheverfahren (mit den im Verbund anhängigen Folgesachen) und in den sonstigen Familiensachen statt. Hierbei wird jedoch nicht ausgewiesen, ob im selben Verfahren die Prozesskostenhilfe von beiden Parteien begehrt worden ist. Dies ist nur für die Summe aller familiengerichtlichen Verfahren der Fall. Die niedersächsischen Gerichte haben in Familiensachen über die Anträge auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe wie folgt entschieden:

Prozesskostenhilfe in Familiensachen nach Verfahrensarten

Jahr	erledigte Verfahren insgesamt	darunter			
		Bewilligung der Prozesskostenhilfe		Ablehnung der Prozesskostenhilfe	
		für den Kläger/Berufungskläger	für den Beklagten/Berufungsbeklagten	für den Kläger/Berufungskläger	für den Beklagten/Berufungsbeklagten
Amtsgerichte, nur Eheverfahren					
2000	21.367	11.733	7.396	330	189
2001	22.536	12.233	7.853	384	245
2002	24.218	13.446	8.706	447	254
2003	24.952	14.448	9.517	415	292
2004	24.794	14.786	9.908	455	322
2005	22.894	13.767	9.248	474	442
Amtsgerichte, andere Verfahren (nicht Eheverfahren)					
2000	32.217	14.386	7.045	2.199	644
2001	33.667	15.704	7.656	2.376	812
2002	35.638	17.172	8.551	2.742	928
2003	36.869	18.052	9.649	2.623	947
2004	37.519	18.867	9.985	2.864	1.100
2005	35.424	17.862	9.865	3.093	1.066

Prozesskostenhilfe in Familiensachen nach Verfahren

Jahr	erledigte Verfahren insgesamt	darunter Verfahren mit Prozesskostenhilfeanträgen	davon					
			Bewilligung der Prozesskostenhilfe			Ablehnung der Prozesskostenhilfe		
			für den Kläger/Berufungskläger	für den Beklagten/Berufungsbeklagten	für beide Parteien	für den Kläger/Berufungskläger	für den Beklagten/Berufungsbeklagten	bei beiden Parteien
Amtsgerichte zusammen								
2000	53.584	32.386	14.693	3.015	11.426	2.419	723	110
2001	56.203	34.783	15.586	3.158	12.351	2.631	928	129
2002	59.856	38.387	16.880	3.519	13.738	3.068	1.061	121
2003	61.821	40.424	17.104	3.770	15.396	2.915	1.116	123
2004	62.313	41.971	17.478	3.718	16.175	3.178	1.281	141
2005	58.318	39.992	15.970	3.454	15.659	3.401	1.342	166
Oberlandesgerichte, Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen								
2000	3.378	1.805	249	467	552	453	54	30
2001	3.355	1.870	257	490	504	506	73	40
2002	3.443	1.955	220	499	558	561	77	40
2003	3.379	1.852	274	439	465	574	76	24
2004	3.554	1.985	234	443	520	650	95	43
2005	3.423	2.000	252	443	513	663	81	48

In der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit stellt sich die Entwicklung der Anträge auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe wie folgt dar:

Prozesskostenhilfe in der Sozialgerichtsbarkeit

Sozialgerichte

Jahr	Anträge auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe			
	Eingänge	Erledigungen	von den Erledigungen waren erfolgreich	Anteil der Bewilligungen von PKH an eingegangenen Klagen u. Anträgen im einstweiligen Rechtsschutz in %
2000	1.458	1.073	583	2,8
2001	1.229	876	482	2,0
2002	1.225	1.025	592	2,6
2003	1.068	1.057	658	2,8
2004	1.066	1.438	959	3,8
2005	3.976	2.517	1.608	4,5

Landessozialgericht

Jahr	Anträge auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe			
	Eingänge	Erledigungen	von den Erledigungen waren erfolgreich	Anteil der Bewilligungen von PKH an eingegangenen Berufungen und Verf. im einstweiligen Rechtsschutz in %
2000	140	139	69	2,6
2001	147	147	83	3,3
2002	127	127	56	1,8
2003	163	163	90	2,9
2004	137	188	84	2,7
2005	261	225	131	3,3

(seit 01.04.2002 gemeinsames Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen)

Zahlen für 2006 liegen noch nicht vor.

Zu 7:

Rückflüsse aus Ratenzahlungen bei Prozesskostenhilfe werden bei Titel 112 01 (Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten) vereinnahmt. Erhebungen über den Anteil der Rückflüsse an den Gesamteinnahmen bei diesem Titel liegen mir nicht vor. Das Bundesministerium der Justiz ist bei der Ermittlung der finanziellen Auswirkungen des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (Gesetz vom 5. Mai 2004, BGBl. I S. 718) von einer Rückflussquote von 15 % ausgegangen.

Zu 8 und 9:

Der Personaleinsatz für die Durchsetzung der Rückforderungen bei der Prozesskostenhilfe wird nicht erhoben. Daher können die Aufwendungen für Personalkosten und die Mitarbeiteranteile in den Gerichtsbarkeiten nicht ermittelt werden.

Zu 10:

Erfahrungen anderer Länder bei der Rückforderung der Prozesskostenhilfe sind der Landesregierung nicht bekannt.

Zu 11:

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen.

Zu 12:

Die zur Umsetzung der Richtlinie 2003/8/EG des Rates vom 27. Januar 2003 erforderlichen nationalen Rechtsvorschriften sind am 21. Dezember 2004 in Kraft getreten (EG-Prozesskostenhilfegesetz vom 15. Dezember 2004, BGBl. I S. 3392). Über die Auswirkungen der Richtlinie liegen der Landesregierung bislang keine Erkenntnisse vor.

Zu 13:

Der Kostendeckungsgrad der verschiedenen Gerichtsbarkeiten bei Außerachtlassung der Kosten für Prozesskostenhilfe ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht. Den Berechnungen ist eine Rückflussquote von 15 % zu Grunde gelegt worden (s. Antwort zu Frage 7).

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ordentliche Gerichtsbarkeit	56,8 %	54,7 %	53,0 %	52,9 %	58,3 %	59,5 %
Finanzgerichtsbarkeit	14,1 %	15,4 %	14,0 %	17,8 %	25,2 %	41,2 %
Arbeitsgerichtsbarkeit	8,7 %	9,0 %	10,1 %	9,4 %	10,2 %	11,2 %
Verwaltungsgerichtsbarkeit	12,0 %	11,0 %	* 66,8 %	* 50,2 %	19,6 %	28,2 %
Sozialgerichtsbarkeit	5,5 %	4,4 %	9,9 %	14,0 %	17,3 %	17,0 %

* in 2002 und 2003 jeweils einmalige Einnahmen in Höhe von rd. 12,5 bzw. 8,4 Mio. Euro

Elisabeth Heister-Neumann